

# STADTTEIL HIRSCHAU BEBAUUNGSPLAN „MÜHLWEG“ (SCHULE MIT TURN- UND FESTHALLE SOWIE SPORTANLAGE)

M. 1:500

PLANÄNDERUNGSVERFAHREN



## ZEICHENERKLÄRUNG

— GELTUNGSBEREICH  
— BAUGRENZE

— STRASSENFLÄCHE  
— GEHWEGLÄCHE  
— LANDWIRTSCHAFTLICHE WEGE  
— GEMEINBEDARFSFLÄCHE  
— ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE  
— VERKEHRSGRÜN  
— PFLANZGEBOT FÜR EINZELBÄUME  
SOWIE BAUM - U. BUSCHGRUPPEN  
— PFLANZERHALTUNG VON EINZELBÄUMEN  
SOWIE BAUM - U. BUSCHGRUPPEN  
— FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN  
— ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHE  
— STELLPLATZE  
— FLUTLICHTMASTEN  
— BALLFANGGITTER

d ABWEICHENDE BAUWEISE  
NUTZUNGSSCHABLONE

## TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- Planungsrechtliche Festsetzungen**  
Nach § 9 Abs. 1 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung von 19.08.1976 (BGBl. I S. 2283) mit den Änderungen der Bundesbaugesetzes vom 08.07.1979 (BGBl. I S. 949) in Verbindung mit dem § 1 - 27 der Bauordnungsverordnung (BauVO) in der Fassung von 15.05.1977 (BGBl. I S. 1793) werden folgende Festsetzungen getroffen:
- Gemeinbedarfsfläche**  
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 5 BauVO)  
Die festgesetzte Gemeinbedarfsfläche dient der Anlage einer Schule und Sport- und Freizeitanlagen sowie sonstigen öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Kindertagesstätten, Pausenhof, Festplatz, Kinderspielflächen, Stellplätze und Garagen. Die Nutzung der Fläche für die ausschließliche Befriedigung eines Kontaktes ist zulässig.
- Ballplatz**  
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BauVO und § 22 BauVO)  
Für die Gemeinbedarfsfläche wird abweichende Bauweise festgesetzt: offen, jedoch überdacht bis max. 175 m zulässig.
- Öffentliche Grünflächen**  
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 10 BauVO)  
Die festgesetzte öffentliche Grünfläche dient der Anlage von Freizeitanlagen, zulässig sind Spielplätze, Leinwandhänge, Tennisplätze sowie sonstige Freizeitanlagen wie Ballfanggitter, Zuschauerränge, Spielgeräte, Kinderspielflächen, Flutlichtmasten.
- Stellplätze und Garagen**  
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 10 BauVO)  
In der Gemeinbedarfsfläche sind Stellplätze und Garagen in der dafür festgesetzten Fläche, in der überbauten Fläche und in Bahnen von 6 m in Höhe, mit § 22 BauVO zulässig.  
In der öffentlichen Grünfläche sind Stellplätze nur innerhalb der dafür festgesetzten Flächen zulässig, Garagen sind unzulässig.
- Hebenahten**  
(§ 14 BauVO)  
In der Gemeinbedarfsfläche und in der öffentlichen Grünfläche sind untergeordnete Hebenahten (Schräghäuser, Spielgeräte u.a.) für die unter Ziffer 1 und 4 genannten Anlagen und Hebenahtanlagen zulässig.
- Flächen für Aufschüttungen**  
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 17 und 24 BauVO)  
Zur Ausschüttung der Löss- und Geröllschichten von der Spielplatzfläche und der Leinwandhänge von Festplatz sind nachstehend angegebene Maßnahmen zu treffen: Die Anlage einer besetzten Grube festsetzen.
- Flutlichtmasten, Ballfanggitter**  
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 25 BauVO)  
Zur landschaftlichen Einbindung und zur Absicherung der Gemeinbedarfsfläche sind die Masten und Gitter nachstehend festzusetzen:  
Die Masten sind so zu gestalten, dass sie sich in die Umgebung einfügen und die Gitter so zu gestalten, dass sie sich in die Umgebung einfügen.  
Die Masten sind so zu gestalten, dass sie sich in die Umgebung einfügen und die Gitter so zu gestalten, dass sie sich in die Umgebung einfügen.
- Bauweise**  
Die Masten sind so zu gestalten, dass sie sich in die Umgebung einfügen und die Gitter so zu gestalten, dass sie sich in die Umgebung einfügen.
- Ballfanggitter**  
Die Masten sind so zu gestalten, dass sie sich in die Umgebung einfügen und die Gitter so zu gestalten, dass sie sich in die Umgebung einfügen.
- Ballfanggitter**  
Die Masten sind so zu gestalten, dass sie sich in die Umgebung einfügen und die Gitter so zu gestalten, dass sie sich in die Umgebung einfügen.

- AUFSTELLUNGSBESCHLUSSE**  
Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde nach Einführung des Ortschaftrates Hirschau am 31. Jan. 1985 gemäß § 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) in öffentlicher Sitzung vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am 21. Apr. 1986 beschlossen und am 30. Apr. 1986 öffentlich bekanntgegeben.
- BÜRGERBETEILIGUNG**  
Die Bürgerbeteiligung gemäß § 2 Abs. (1) BBauG erfolgte am 15. Mai 1986 und in der Zeit vom 15. Mai 1986 bis 30. Mai 1986.
- AUSLEGUNGSBESCHLUSSE**  
Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat nach Einführung des Ortschaftrates Hirschau am 31. Jan. 1985 gemäß § 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) in öffentlicher Sitzung vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am 21. Apr. 1986 beschlossen und am 30. Apr. 1986 öffentlich bekanntgegeben.
- ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG**  
Der Bebauungsplan wurde nach vorheriger Empfehlung des Ortschaftrates Hirschau am 23. Feb. 1987 bis 23. März 1987 zum Bürgerbeteiligung öffentlich ausliegen.
- SATZUNGSBESCHLUSSE**  
Der Bebauungsplan wurde nach vorheriger Empfehlung des Ortschaftrates Hirschau am 23. Feb. 1987 bis 23. März 1987 zum Bürgerbeteiligung öffentlich ausliegen.
- GENEHMIGUNG**  
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 11 Abs. (1) BBauG am 15. Mai 1986 in öffentlicher Sitzung vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am 21. Apr. 1986 beschlossen und am 30. Apr. 1986 öffentlich bekanntgegeben.
- INHALTSFESTSETZUNGEN**  
Die Festsetzung des Bebauungsplanes wurde gemäß § 11 Abs. (1) BBauG am 15. Mai 1986 in öffentlicher Sitzung vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am 21. Apr. 1986 beschlossen und am 30. Apr. 1986 öffentlich bekanntgegeben.

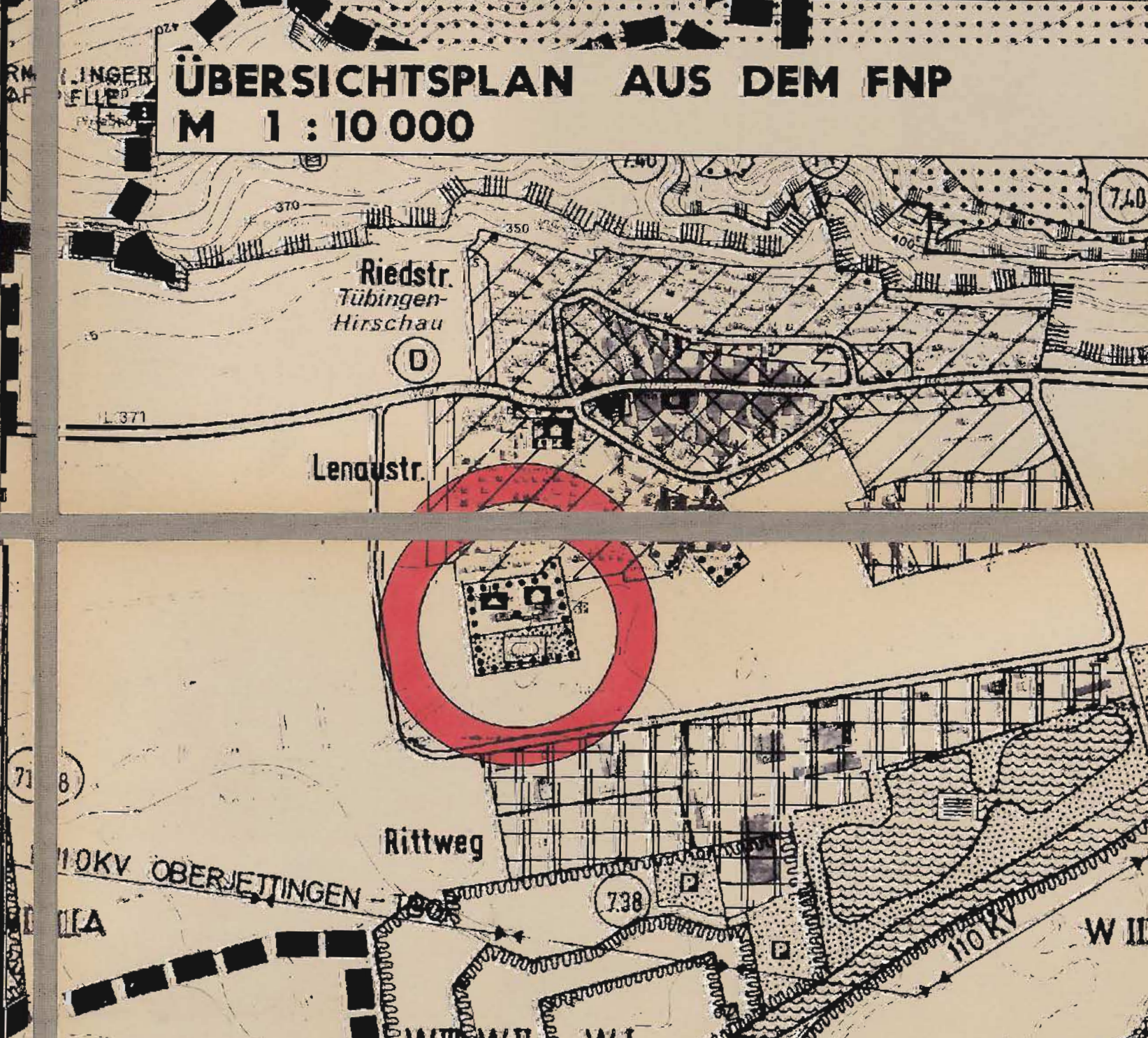


STADTTEIL HIRSCHAU  
BEBAUUNGSPLAN „MÜHLWEG“ (SCHULE  
MIT TURN - U. FESTHALLE SOWIE  
SPORTANLAGE )  
M 1 : 500

TÜBINGEN, DEN 15. SEPT. 1986/10. APRIL 1987  
BÜRGERMEISTER AMT

STADTPLANUNGSAMT  
STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSTUNGSAMT  
STADTMESSTUNGSAMT



Achtung:  
Alle Höhenangaben sind Tübinger Höhen

Nr. 3524